

Antrag

des Abg. Daniel Lindenschmid u. a. AfD

Verbindungen zwischen der Partei Die Linke und islamistischen Organisationen in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Kenntnisse ihr über Kontakte oder Kooperationen zwischen Mitgliedern oder Gliederungen der Partei Die Linke und islamistischen Organisationen in Baden-Württemberg vorliegen;
2. in welchen Fällen in den vergangenen fünf Jahren gemeinsame Veranstaltungen, Demonstrationen oder Projekte von Vertretern der Linkspartei und islamistischen Gruppen im Land dokumentiert wurden;
3. welche Organisationen mit islamistischem Hintergrund ihr in Baden-Württemberg bekannt sind, die in den letzten fünf Jahren öffentlich oder nicht-öffentlich mit der Linkspartei kooperiert haben;
4. inwieweit ihr Erkenntnisse über personelle Überschneidungen, Doppelmitgliedschaften oder enge persönliche Kontakte zwischen Funktionären der Linkspartei und islamistischen Organisationen vorliegen;
5. in welchen Fällen Abgeordnete oder Funktionäre der Linkspartei in Baden-Württemberg öffentlich Positionen vertreten, die mit den Zielen islamistischer Organisationen übereinstimmen;
6. welche Rolle Social-Media-Kampagnen oder Online-Plattformen bei der Vernetzung von Linkspartei-Mitgliedern und islamistischen Gruppen im Land spielen;
7. welche Erkenntnisse es über die Teilnahme von Vertretern der Linkspartei an Veranstaltungen, Kundgebungen oder Demonstrationen, die von islamistischen Organisationen organisiert oder unterstützt wurden, gibt;
8. welche Positionen die Linkspartei und ihre Gliederungen in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis in Bezug auf den Nahostkonflikt, insbesondere im Hinblick auf Israel und palästinensische Organisationen sowie den Iran und ggf. mit Überschneidungen mit Positionen islamistischer Gruppen vertreten;
9. inwieweit ihr Erkenntnisse über finanzielle Unterstützungen, Spenden oder sonstige materielle Zuwendungen zwischen der Linkspartei und islamistischen Organisationen in Baden-Württemberg vorliegen;
10. welche Maßnahmen sie ergreift, um einer möglichen Einflussnahme islamistischer Organisationen auf politische Parteien im Land, insbesondere auf die Linkspartei, entgegenzuwirken;
11. inwiefern sie Hinweise auf gemeinsame Aktionen oder Erklärungen von Vertretern der Linkspartei und islamistischer Gruppen im Zusammenhang mit Demonstrationen oder Protesten gegen Israel oder jüdische Einrichtungen in Baden-Württemberg hat;

12. inwiefern in Untersuchungen des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg Verbindungen zwischen der Linkspartei und islamistischen Organisationen Gegenstand sind;
13. welche Erkenntnisse ihr über die Rolle von Jugendorganisationen oder Hochschulgruppen der Linkspartei bei der Zusammenarbeit mit islamistischen Akteuren vorliegen;
14. inwieweit es Hinweise darauf gibt, dass islamistische Organisationen gezielt den Kontakt zu linken Parteien suchen, um politische Ziele in Baden-Württemberg durchzusetzen;
15. welche Empfehlungen sie Kommunen und anderen öffentlichen Stellen zum Umgang mit möglichen Kooperationen zwischen politischen Parteien und islamistischen Organisationen gibt.

8.7.2025

Lindenschmid, Klaufuß, Scheer, Dr. Balzer, Gögel AfD

Begründung

In den vergangenen Jahren ist bundesweit und auch in Baden-Württemberg eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen politischen Akteuren der Partei Die Linke und Vertretern islamistischer Organisationen und Bewegungen zu beobachten. Verschiedene wissenschaftliche Analysen und Medienberichte, darunter die Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie aktuelle Presseberichte, weisen auf personelle und inhaltliche Überschneidungen, gemeinsame Veranstaltungen und öffentliche Solidaritätsbekundungen hin. Insbesondere im Kontext des Nahostkonflikts, aber auch bei innenpolitischen Demonstrationen, treten Vertreter beider Gruppen gemeinsam auf, wobei nicht selten anti-israelische und teils antisemitische Positionen vertreten werden.

Zugleich dokumentieren Sicherheitsbehörden und Verfassungsschutzberichte, dass islamistische Organisationen gezielt versuchen, politische Bündnisse zu knüpfen, um ihren Einfluss auf gesellschaftliche und politische Debatten zu verstärken. Die öffentliche Diskussion um die Abgrenzung legitimer politischer Kritik von Extremismus, die Gefahr der Unterwanderung demokratischer Strukturen und die Rolle sozialer Medien bei der Vernetzung dieser Akteure machen eine umfassende Aufklärung erforderlich.

Daher ist Transparenz über etwaige Kontakte, Kooperationen und Einflussnahmen zu schaffen und eine faktenbasierte Grundlage für die politische und gesellschaftliche Debatte zu gewährleisten.